



# WETZLARER ECHO

AUSGABE FEBRUAR 2025

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP)

## Auf der Rückseite

- Berliner Appell
- Kahlschlag im Landtag

## Die Rüstungsindustrie - Eine Alternative für Deutschland?

Kaum ein Vorhaben im Bundestag findet so breite Mehrheiten wie die Aufrüstung der Bundeswehr. Satt 100 Milliarden Euro hatte die CDU-FDP-AfD-SPD-GRÜNEN-Mehrheit nach der von Kanzler Scholz (SPD) ausgerufenen "Zeitenwende" für die Aufrüstung der Bundeswehr beschlossen. Inzwischen stehen immer höhere Zahlen im Raum, selbst der aktuelle Rekordwert von 2% des BIPs für Rüstung scheint nur das untere Ende der Fahnenstange zu sein. Die Rüstungsindustrie floriert und wird auf einmal von der Kommunalpolitik genauso umworben wie von Personalern großer Konzerne, die ihren Beschäftigten den Stellenabbau als Wechsel in eine zukunftssichere Branche verkaufen wollen. Den Beschäftigten bei Conti in Wetzlar machte man den Wechsel zum Rüstungsriesen Rheinmetall schmackhaft - was am Ende aber platzte. Zuletzt wurde der Sensor-Spezialist für Radarsysteme Hensoldt ins Spiel gebracht mit bislang offenem Ausgang. Fakt bleibt aber: Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie gelten nur deshalb als zukunftssicher, weil insbesondere die NATO-Staaten beisspiellos Geld in diesem Sektor verbrennen. Geld, das in der maroden Infrastruktur, in der Bildung oder im Gesundheitswesen besser angelegt wäre.

## Industrie-Kahlschlag in Wetzlar

**Am 21. Januar ist bei Conti in Wetzlar die Bombe geplatzt. Der Standort soll geschlossen werden. Entgegen der Ankündigung der Kapitaleseite, die Arbeitsplätze erhalten zu wollen, sollen nun 373 Kolleginnen und Kollegen gehen. Ursprünglich war noch davon die Rede, dass 225 Beschäftigte in Frankfurt und 80 in Babenhausen weiterbeschäftigt werden. Nun sollen alle bis auf rund 60 Auszubildende und Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren.**

Auch bei Buderus Edelstahl droht Arbeitsplatzabbau im großen Stil. Der bisherige Besitzer, der österreichische Stahl- und Technologiekonzern Voestalpine, hat das Wetzlarer Stahlwerk an die Beteiligungsgesellschaft Mutares verkauft. Unmittelbar nach der Übernahme verkündigte ein Mutares-Sprecher: „Entsprechend der aktuellen Situation bei Buderus Edelstahl werden wir bei einer möglicherweise notwendigen Reduktion des Personalstandes für die betroffenen Mitarbeitenden einen entsprechenden Sozialplan mit der Belegschaftsvertretung aushandeln. Pläne des neuen Besitzers, Tarifflicht zu begehen, machten ebenfalls bereits die Runde.“

Die Ereignisse in Wetzlar sind kein regionales Phänomen. Ob bei VW, Bosch oder Thyssenkrupp, überall ist Arbeitsplatzabbau, Werksschließungen und Lohnraub die stereotype Antwort der Bosse auf Krise und Transformation. Während Hunderttausende Kolleginnen und Kollegen um ihre Jobs bangen und in eine ungewisse Zukunft schauen, knallten gleichzeitig an der Börse die Champagner-Korken.

Der DAX hat zu Jahresbeginn erstmals die 21.000 Punkte-Marke geknackt und die Aktionäre konnten sich über Dividendenausschüttungen in Milliardenhöhe freuen. Allein die VW-Anteilseigner strichen noch im Juni vergangenen Jahres – trotz absehbarer Krise – über 4,5 Milliarden Euro an Dividenden ein. Auch 2025 soll die Party weitergehen. Robert Halver von der Baader Bank hat es auf den Punkt gebracht: „Viel entscheidender als die wirtschaftliche Lage hierzulande ist, dass die großen DAX-Konzerne weltweit aktiv sind, dass sie Kosmopoliten sind, mit guten Geschäftsmodellen. Daher könne man von den Niederungen des Nationalstandorts abstrahieren. Und das ist der Grund, warum die Aktienkurse weiter steigen.“ Bei solche Profitaussichten nimmt man dann auch die Deindustrialisierung eines ganzen Landes billigend in Kauf. Gegen ein solches Geschäftsmodell werden Kolleginnen und Kollegen auch aus Wetzlar – gemeinsam mit ihrer IG Metall am 15. März im Rahmen eines bundesweiten Aktionstags in Frankfurt auf die Straße gehen.

- Ulf Immelt

**BERLINER APPELL**

Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt:  
Jetzt unterschreiben!

<https://nie-wieder-krieg.org/>

**DIE WAFFEN NIEDER**

NIE WIEDER KRIEG

IG Metall Wetzlar

# Berliner Appell: Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt

Anlässlich des bundesweiten Aktionstages der Friedensbewegung am **15.02.** dokumentieren wir den Aufruf "Berliner Appell" und werben für eine Unterschrift!

Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real. An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt der Gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.

## Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!

Die geplanten Hyperschallraketen Dark Eagle steigern die Spannungen und sind insbesondere für Deutschland eine Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Überdies fördern die geringen Vorwarnzeiten das Risiko von Fehlreaktionen.

Die Stationierung wurde ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen. Wir bleiben dabei, Konflikte und Rivalitäten nicht militärisch zu lösen, sondern alles zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden. Dieser Aufgabe darf sich niemand entziehen.

## Ich unterstütze den Berliner Appell:

### Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!

Wer über Aktivitäten informiert werden möchte, bitte eintragen auf:  
<https://nie-wieder-krieg.org/berliner-appell/>

Vorname Nachname	PLZ, Adresse	Unterschrift

Unterschriften bitte senden an:

Initiative „Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“, c/o IPB, Marienstr. 19/20, 10117 Berlin  
Online kann hier unterschrieben werden: <https://nie-wieder-krieg.org/berliner-appell/>



**100.000 Pflegekräfte ...**  
für unsere Gesundheit!

**... statt 800 Panzer**  
für ihre Kriege!

**Abrüsten statt Aufrüsten!**

**DKP**



# Kahlschlag im hessischen Landtag

Obwohl Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wiederholt verkündet hat, die Kosten für die Aufrüstung der Bundeswehr und für die Waffenlieferungen an die Ukraine dürften nicht zu Lasten der Sozialausgaben gehen, plant die rot-grüne Regierungskoalition in Hessen einen Sparhaushalt zur Konsolidierung der Finanzen.

Die fehlenden Mittel sind zwar maßgeblich durch die Politik des Bundes und damit von SPD und CDU selbst verursacht. Dennoch wird man dort nicht müde, die geplanten Kürzungen bei Gehältern, Kommunen und dem Umweltschutz als äußere Umstände und Notwendigkeit zu verkaufen. Im Detail sollen Stellen u.A. bei Lehrern, Polizei, Feuerwehr gestrichen werden. Schulen, Hochschulen, Unikliniken und Kitas sollen sparen. Außerdem soll den Gemeinden in Zukunft noch weniger Geld für Bibliotheken, Schwimmbäder und andere kommunale Einrichtungen zur Verfügung stehen. Das straft diejenigen Lügen, die nur ihr Ergebnis bei den Bundestagswahlen durch Symbolpolitik und Stimmungsmache verbessern wollen. Wer einerseits Brandmauern beschwört, andererseits mit der Politik in Land und Bund die sozialen Spannungen in den Kommunen verschärft, der ist schlicht unglaubwürdig.

## Kontakt

E-Mail: [lahn-dill@dkp.de](mailto:lahn-dill@dkp.de)  
Web: [www.lahn-dill.dkp.de](http://www.lahn-dill.dkp.de)

**V.i.S.d.P.:** Walter Schäfer,  
c/o DKP Hessen, Schönstr. 28,  
60327 Frankfurt